

**Umweltpolitik und
Beschäftigungswirkungen**

**Prof. Dr. Joachim Frohn
Universität Bielefeld**

Bielefeld 2000plus – Forschungsprojekte zur Region

Herausgegeben von Prof. Dr. Joachim Frohn

(Universität Bielefeld, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften)

Karsten Gebhardt

(Vorstandsvorsitzender Bielefelder Konsens: Pro Bielefeld e.V.)

**Diskussionspapier Nr. 14
Juni 2000**

Das Projekt „Bielefeld 2000plus“ wird finanziell unterstützt von: Universität Bielefeld, Sparkasse Bielefeld, Stadtwerke Bielefeld, Universitätsgesellschaft, WEGE mbH

**Umweltpolitik und
Beschäftigungswirkungen**

**Prof. Dr. Joachim Frohn
Universität Bielefeld**

Bielefeld 2000plus – Forschungsprojekte zur Region

Herausgegeben von Prof. Dr. Joachim Frohn
(Universität Bielefeld, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften)
Karsten Gebhardt
(Vorstandsvorsitzender Bielefelder Konsens: Pro Bielefeld e.V.)

**Diskussionspapier Nr. 14
Juni 2000**

Adressen: c/o Universität Bielefeld
Postfach 10 01 31
33501 Bielefeld
Tel.: 106 - 48 73
Fax: 106 - 64 25
email: jfrohn@wiwi.uni-bielefeld.de

Evangel. Johanneswerk e.V.
Schildescher Str. 101
33611 Bielefeld
Tel.: 80 12 130
Fax: 80 12 150

VORWORT

In dieser Reihe sollen in zwangloser Folge Projektberichte publiziert werden, die entweder in einem engen regionalen Bezug zu Bielefeld stehen oder aber regionenübergreifende zukunftsweisende Themen ansprechen.

Diese Veröffentlichungen sind Teil des langfristig angelegten Projektes „Bielefeld 2000plus“, das sich mit den Zukunftsperspektiven der Region beschäftigt und gemeinsam vom Verein „Bielefelder Konsens: Pro Bielefeld e.V.“ und der Universität Bielefeld getragen und von der Stadt Bielefeld nachhaltig unterstützt wird. Im Herbst 1997 sind hierfür mehrere Arbeitsgruppen für die Bereiche Wirtschaft, Stadtentwicklung, Umwelt, Kultur, Bildung, Wissenschaft und Gesundheit eingerichtet worden, in denen Wissenschaftler der Universität Bielefeld gemeinsam mit Vertretern verschiedener Institutionen und Organisationen der Stadt Bielefeld Fragestellungen bearbeiten, die die Zukunftsfähigkeit der Region betreffen.

Wir danken allen, die das Projekt unterstützt und die Herausgabe dieser Diskussionsarbeitsreihe finanziell gefördert haben.

Bielefeld, Oktober 1997

Prof. Dr. J. Frohn (Universität Bielefeld)

K. Gebhardt (Bielefelder Konsens: Pro Bielefeld e.V.)

Umweltpolitik und Beschäftigungswirkungen

Vortrag aus Anlass der Verleihung des Umweltpreises der Stadt Bielefeld an die Bielefelder Landschaftswacht am 5.6.2000

Bei genauerer Betrachtung des Themas meines Vortrages „Umweltpolitik und Beschäftigungswirkungen“ ist sofort zu erkennen, dass ich heute offensichtlich über einen „Nebeneffekt“ sprechen möchte:

Umweltpolitische Maßnahmen werden – so sollte es zumindest sein – grundsätzlich zunächst einmal mit dem Ziel ergriffen, die **Umweltsituation**, in der wir leben, **zu verbessern**. Aber natürlich treten bei allen politischen Maßnahmen – und damit eben auch in der Umweltpolitik – beachtliche „Neben-Wirkungen“ in unserem gesellschaftlichen Gesamtsystem auf, die bei der Einschätzung der Vorteilhaftigkeit und damit auch der Realisierbarkeit der angedachten Maßnahmen zu berücksichtigen sind.

Für die Umweltpolitik ist die Beachtung solcher **Nebeneffekte** besonders wichtig in Zeiten, in denen nach allgemeiner Einschätzung Umweltzustand und Umweltpolitik nicht mehr einen so hohen Stellenwert besitzen wie noch vor wenigen Jahren. Und dies, obwohl sich die grundsätzliche Umweltsituation in vielen Bereichen auch in Deutschland noch nicht generell verbessert hat.

Lassen Sie mich dies an einigen wenigen Momentaufnahmen aus dem Katalog des sog. **Umweltbarometers** verdeutlichen. Das Umweltbarometer ist eine Zusammenstellung von Ist- und Soll-Situationen für die Umweltbereiche **Klima, Luft, Boden, Wasser** und **Ressourcen**, die noch im Jahre 1998 von der alten Bundesregierung formuliert und dann von der neuen Bundesregierung (siehe Jahreswirtschaftsbericht 2000) übernommen worden ist.

Hier ergibt sich z.B., dass im Klimabereich die jährlichen CO₂-Emissionen in Deutschland noch immer deutlich über 850 Mio. Tonnen (!) liegen (wobei eine Reduzierung bis zum Jahr 2005 auf 700 Mio. vorgesehen ist).

Im Bereich **Boden** macht einem im Grunde schon die sehr ambitionierte „**Zielsetzung**“ Angst: Vorgesehen ist, dass die Reduzierung der täglichen (!) Zunahme (!) (nicht Reduktion des Zustands) der Siedlungs- und Verkehrsfläche in der Bundesrepublik Deutschland auf 30 ha (!) gelingt. Wenn 30 ha als maximale Zunahme das anzustrebende Ziel ist, fragt man sich natürlich, wie groß die tägliche Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche gegenwärtig tatsächlich ist. Sie beträgt 120 ha pro Tag!

Schließlich noch eine Angabe zur Situation im Zusammenhang mit Wasser: Hier ist das im Umweltbarometer festgeschriebene Ziel, dass die **Wassergüteklasse II**, die nach der Belastung mit AOX-Schadstoffen (adsorbierbare organische Halogenverbindungen) und Gesamtstickstoff ermittelt wird, bis zum Jahre 2010 für **alle** Fließgewässer erreicht werden soll. Gegenwärtig wird diese Qualität bezogen auf Stickstoff nur bei 15 %, bezogen auf AOX nur bei 40 % der Messstellen an Fließgewässern erreicht.

Natürlich ist Umweltschutz unbedingt auch ein **internationales** Anliegen; und hier gibt es Tatbestände, die in ihren Auswirkungen extrem umweltbelastend sind und nur durch größte internationale Anstrengungen abgemildert werden können. Das sei nur an einem besonders krassen Beispiel verdeutlicht: Die im chinesischen Kohle-Bergbau unkontrolliert verglimmende Kohle erzeugt mehr CO₂ pro Jahr als der gesamte Straßenverkehr in der BR Deutschland.

Trotzdem macht aber die partielle Momentaufnahme auch für Deutschland noch einmal klar, dass es – insbesondere auch aus unserer Verantwortung für die Zukunft – ausreichenden Anlass gibt, Umweltzielen weiterhin eine hohe Priorität einzuräumen.

Wenn dies aber aufgrund bestimmter gesellschaftlicher und politischer Gegebenheiten nicht mehr der Fall ist, (- warum das so ist, darauf will ich hier nicht

eingehen -), dann werden zwangsläufig **nicht direkt auf die Umwelt_bezogene** Effekte umweltpolitischer Maßnahmen wichtiger, um den Nutzen solcher Handlungsalternativen auch aus anderen Gründen beurteilen zu können.

Grundsätzlich gilt, dass zur Bewertung einer jeden politischen Maßnahme ein umfangreicher Katalog von Kriterien - im Idealfall auf der Grundlage eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses - aus allen Lebensbereichen heranzuziehen ist – also aus Politik, Ökonomie (einschließlich der sozialen Gegebenheiten), Technik, Umwelt, usw.

Vor etwa zwei Jahrzehnten war man in dieser Hinsicht noch sehr optimistisch und glaubte, dass zumindest der jeweilige Zustand von **Ökonomie und Umwelt** in einem **einzigem** Maß erfasst werden könnte: dem sog. **Ökosozialprodukt**. Wir wissen heute, dass dieses Konzept aus vielerlei Gründen nicht tragfähig ist: Schon die Eignung des **Bruttosozialprodukts** selbst als Gradmesser ökonomischer Zustände ist sehr zweifelhaft (wie wir alle wissen, trägt z.B. Hausarbeit, sofern sie unentgeltlich erbracht wird, nichts zum Bruttosozialprodukt bei; und die produktive Leistung von Beamten wird exakt gemäß ihres Gehalts berechnet). Um wie viel problematischer muss eine solche rein **quantitativ** orientierte Größe im Hinblick auf die zusätzliche Erfassung der Umwelt mit all ihren **qualitativen** Aspekten sein. Das im Gegensatz zum Öko-Sozialprodukt mehrdimensional angelegte Konzept der Nachhaltigkeit (ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit) trägt dieser Erkenntnis Rechnung.

Zurück zum **Ausgangspunkt**: Die Frage nach den **Beschäftigungswirkungen** umweltpolitischer Maßnahmen ist also eingebettet in die umfassendere Aufgabe, die Auswirkungen solcher Maßnahmen auf möglichst alle Teilbereiche unseres gesamtgesellschaftlichen Systems abzuschätzen.

Hierzu benötigt man offensichtlich **zweierlei**:

Zum einen eine die Verschränkung der verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereiche auf das Wesentliche reduzierende Modellvorstellung, die aber trotzdem der Realität „angemessen“ sein muss. Ohne eine solche Modellvorstellung wird die

angestrebte Analyse nicht gelingen können: Wegen der außerordentlich hohen Dimensionalität und vor allem der komplexen Interdependenz zwischen den wichtigen Variablen in den verschiedenen Teilbereichen erscheint ohne ein solches Instrument eine nachvollziehbare Erfassung des Gesamtzusammenhangs ausgeschlossen. Im übrigen liegt ja auch der Planung und Durchführung jeder politischen Maßnahme durch die jeweiligen Entscheider eine „Modellvorstellung“ zugrunde, die allerdings meist nicht explizit und damit nicht nachvollziehbar und kritikfähig ist.

Natürlich geht es nicht darum, in Form einer mechanistischen Vorgehensweise "optimale" Politiken über ein solches Modell „errechnen“ zu lassen; solche Modellvorstellungen können aber im politischen Entscheidungsprozess wichtige Hinweise auf Richtung und Größenordnung der Auswirkungen der diskutierten Maßnahmen geben.

Zum zweiten benötigt man einen Kriterienkatalog, in dem geeignete Indikatoren für die verschiedenen Teilbereiche enthalten sind (also z.B. für die Umweltsituation Indikatoren für die Bereiche Luft, Boden, Wasser, Gesundheit usw., für die Ökonomie Kenngrößen für die Beschäftigungssituation, die Entwicklung des Bruttosozialprodukts, Inflation, Außenhandelsituation; für die Technik: Effizienzgrade alternativer Energien oder neue technische Entwicklungen, z.B. gemessen an der Anzahl von Patenten, etc.). Die Festlegung dieser Kriterien ist natürlich eine schwierige Aufgabe; aber es ist zu beachten, dass das unlösbare (monetäre) Bewertungsproblem, das sich bei der Verwendung nur einer Zielgröße („Öko-Sozialprodukt“) unumgänglich ergibt, hier nur in sehr abgemilderter Form auftritt. (Das Bewertungsproblem im Hinblick auf die **Priorität** einzelner Kriterien bleibt natürlich erhalten!).

Nach meiner Einschätzung sind wir von solchen **alle** gesellschaftlichen Teilbereiche umfassenden, empirisch gehaltvollen Modellen noch weit entfernt.

Dies gilt aber nicht in gleicher Weise für Modellentwicklungen, die sich partiell auf **Ökonomie und Ökologie** beziehen und die z.T. auch schon einen Vorrat an neuer,

noch nicht eingesetzter Technik enthalten. Hier gibt es sowohl im internationalen Raum (vor allem in den USA, in den Niederlanden – dort werden diese Modelle auch sehr erfolgreich in der Politik-Planung eingesetzt) aber auch für Deutschland eine ganze Reihe ernstzunehmender empirisch orientierter Modellentwicklungen, die zur Unterstützung der politischen Entscheidungsprozesse eingesetzt werden können.

Und damit bin ich nun endlich beim eigentlichen Thema: Was sagen uns solche Modelle über die Wirkungen umweltpolitischer Maßnahmen auf eine der wichtigsten ökonomischen Kenngrößen, nämlich auf die Beschäftigung?

In der öffentlichen Diskussion begegnet man häufig zwei globalen, recht oberflächlichen Einschätzungen:

Zum einen wird argumentiert, dass umweltpolitische Maßnahmen – sei es auf der Grundlage von Steuern, Gebühren oder Verordnungen - zu Kostenerhöhungen und damit Preiserhöhungen führen und somit **kontraktive** ökonomische Wirkungen besitzen, d.h. also im allgemeinen zu einer Beschäftigungs**reduktion** führen.

Zum anderen wird argumentiert, dass solche Maßnahmen offensichtlich auch **expansive** Effekte besitzen: Zusätzliche Umweltschutz-Investitionen führen z.B. zu verstärkter Nachfrage und damit Produktionsausdehnungen mit Beschäftigungs**steigerungen**.

Welcher **Nettoeffekt** (also der Saldo aus expansiven und kontraktiven Wirkungen) sich bei konkreten Maßnahmen einstellt, lässt sich aber wegen der bereits angesprochenen hohen Komplexität des Gesamtsystems nicht einfach abschätzen.

Modelle, die hier Hilfestellung leisten sollen, müssen vor allem zwei wichtige Charakteristika aufweisen:

1. Bekanntlich ist „Umweltqualität“ weitgehend wie ein öffentliches Gut zu behandeln, für das bei seinem „Verbrauch“ – leider! - kein Preis zu zahlen ist. Dies führt dazu, dass dieses Gut weitgehend „kostenfrei“ „verbraucht“ werden kann, was in einer zunehmenden Umweltbelastung resultiert. Daher ist für die

Erreichung von Umweltzielen im allgemeinen fast immer staatliche Aktivität erforderlich. Es muss also gewährleistet sein, dass in den infragestehenden Modellen die entsprechenden politischen Instrumente staatlicher Instanzen (Steuern, Gebühren, Verordnungen, bestimmte Kategorien von Staatsausgaben, usw.) abgebildet werden können. Das gilt aber auch für nicht-staatliche Lösungen wie z.B. Zertifikate oder freiwillige Vereinbarungen.

2. Ganz entscheidend ist zweitens die Berücksichtigung sog. „**abgeleiteter Wirkungen**“ der diskutierten Maßnahmen, die wiederum positiv oder negativ sein können; außerdem hat das Modell einen ausreichenden **Disaggregationsgrad** aufzuweisen – es müssen also die verschiedenen ökonomischen Bereiche (Wirtschaftssektoren, unterschiedliche Verbrauchskategorien, usw.) – abgegrenzt voneinander werden, um Struktureffekte erfassen zu können. Sehr häufig wirken bestimmte Maßnahmen in Teilbereichen der Wirtschaft negativ, in anderen dagegen positiv (denken wir z.B. nur an die gegenwärtige Diskussion um die Öko-Steuer mit negativen Wirkungen bei den Verbrauchern von Benzin und Öl und voraussehbaren positiven Effekten bei den Beitragszahlern zur Sozialversicherung. Dieses Beispiel macht auch deutlich, dass sogar zwischen verschiedenen Funktionen ein- und desselben Wirtschaftssubjekts zu unterscheiden ist!)

Lassen Sie mich den mir besonders wichtigen Punkt, nämlich die Notwendigkeit der **Erfassung abgeleiteter Effekte** umweltpolitischer Maßnahmen, an einem sehr einfachen Beispiel verdeutlichen:

Stellen wir uns vor, es gibt eine gesetzliche Verordnung zur Verbesserung der Luftqualität in der Umgebung von Kraftwerken, wobei davon ausgegangen wird, dass keine unmittelbare Produktionseinschränkung erforderlich ist, sondern die Erfüllung der Verordnung durch entsprechende Umweltinvestitionen (z.B. für den Einsatz von Filteranlagen) vollständig erreicht werden kann.

Diese Einstellung von Umweltinvestitionen hat offensichtlich zunächst einmal eine Reihe von **direkten**, also unmittelbar eintretenden Effekten:

- Da ist zum einen mit einiger Wahrscheinlichkeit ein direkter Beschäftigungseffekt: die neuen Anlagen müssen eingebaut und betrieben werden.
- Zum anderen gibt es den „Produktnachfrageeffekt“: Die zur Verbesserung der Luftqualität einzusetzenden „Filteranlagen“ müssen produziert werden.
- Mit Sicherheit wird es einen Preiseffekt geben, denn die Kraftwerksbetreiber werden bemüht sein, die erhöhten Kosten in die Energiepreise einzurechnen.
- Es wird unter Umständen einen Innovationseffekt geben, weil neue Produkte bzw. Produktionsprozesse entwickelt werden müssen, um den neuen Qualitätsansprüchen gerecht zu werden.
- Und es wird – hoffentlich! – den gewünschten Umwelt-Effekt geben, d.h. die Luftverbesserung wird eintreten.

All diese „direkten“ Effekte haben nun aber zusätzlich **abgeleitete** Wirkungen, die – je weiter sie von der sie veranlassenden Maßnahme entfernt sind – sich immer schwieriger im ökonomisch-ökologischen Gesamtsystem markieren lassen: Z.B.: Der direkte Beschäftigungseffekt führt über Einkommenserhöhungen auf Grund der zusätzlichen Arbeitsleistungen zu verstärkter Nachfrage und damit zu einer weiteren Anregung der Wirtschaft; das gleiche gilt auch für den Produktnachfrageeffekt. Der Preiseffekt wird offensichtlich kontraktive Wirkungen haben: Die Kosten bei den Energienachfragern werden auf Grund der erhöhten Energiepreise steigen, es

kommt zu – unterschiedlich starken – Preiserhöhungen bei den Sach- und Dienstleistungen (z.B. auch bei Exportgütern); dadurch werden Substitutions- und Einspareffekte ausgelöst, die je nach Gegebenheiten in den verschiedenen Wirtschaftszweigen unterschiedlich sein werden.

Der Innovationseffekt kann die Vorleistungsstruktur der Wirtschaftsbereiche verändern, und es kann zu Anpassungen im Export- und Importbereich kommen.

Der Umwelteffekt schließlich wird (hoffentlich!) langfristig positive Auswirkungen auf die Gesundheitssituation haben. Diese Auswirkungen lassen sich allerdings nur schwer erfassen.

Natürlich haben diese abgeleiteten Effekte **wiederum** abgeleitete Effekte, und es wird an diesem sehr einfachen Beispiel deutlich, dass zu einer einigermaßen angemessenen Erfassung des **Gesamteffekts** einer umweltpolitischen Maßnahme der Versuch gehört, die Verteilung dieser abgeleiteten Effekte im Gesamtsystem zu verfolgen.

Wie gesagt: Es gibt auch für die Bundesrepublik Deutschland einige für solche Analysen geeignete und aufgrund von empirischem Datenmaterial geschätzte Modelle, die solche Analysen möglich machen. Natürlich wird dies nur mit gewissen Fehlern möglich sein: Die Modelle können ersichtlich nur die als ganz wesentlich erkannten Beziehungen abbilden (sind also in einem gewissen Sinne unvollständig) und können auch auf das Auftreten bisher nicht beobachteter struktureller Veränderungen nur im Nachhinein reagieren. Aber sie können eben wichtige Hinweise auf die aufgrund der bisherigen Erfahrungen auftretenden Grundeffekte geben.

Nun wollte ich heute nicht nur darstellen, wie man solche Studien durchführen kann, sondern natürlich auch etwas über die Ergebnisse solcher Analysen sagen. Lassen Sie mich daher beispielhaft über ein paar wenige grundsätzliche Erkenntnisse über die Gesamt-Netto-Wirkungen umweltpolitischer Maßnahmen auf der Grundlage solcher Modell-Simulationen berichten (dabei sind mögliche Gesundheitseffekte wegen ihrer schwierigen Erfassbarkeit nicht einbezogen worden):

1. Werden z.B. die **staatlichen Umwelt-Investitionen** erhöht, wobei die Finanzierung über Steuern (sei es Einkommensteuer oder Mehrwertsteuer) erfolgt, so kommt es regelmäßig zu einem positiven gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungseffekt; sektoral hängt die Wirkung allerdings von den individuellen Gegebenheiten ab; es wird hier Gewinner und Verlierer geben.
2. Das gleiche gilt auch für durch Preiserhöhungen finanzierte sogenannten **private Umwelt-Investitionen**, die von den Unternehmen selbst durchgeführt werden; auch hier kommt es zu gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungserhöhungen mit wiederum unterschiedlichen Auswirkungen in den verschiedenen Sektoren.
3. Interessant ist, dass im **Vergleich** der beiden angegebenen Maßnahmen gilt, dass die Beschäftigungswirkungen der von Unternehmen durchgeführten Umwelt-Investitionen regelmäßig höher sind als jene staatlicher Umwelt-Investitionen.
4. Ein weiteres Beispiel: Reduzieren die Haushalte ihren Energieverbrauch (z.B. aus einem verstärkten umweltpolitischen Bewusstsein heraus) um – sagen wir – 10 % (wobei sie die eingesparten Beträge in anderen Verbrauchskategorien ausgeben können), so tritt auch hier wiederum ein positiver gesamtwirtschaftlicher Beschäftigungseffekt auf. Sektoral sind die Beschäftigungsergebnisse sehr unterschiedlich (ersichtlich tritt ein negativer Beschäftigungseffekt im Energiebereich auf!).

5. Werden die Haushalte dagegen über die Einführung einer **Energiesteuer** zu Energie-Einsparungen veranlasst, so hängt der Beschäftigungseffekt entscheidend davon ab, in welcher Weise der Staat die vereinnahmten Mittel wieder verausgabt. Verwendet er sie zur Reduktion der Staatsschuld, ist der Effekt negativ, verwendet er sie zur Reduktion von Lohn-Neben-Kosten (z.B. durch Senkung der Sozialversicherungsbeiträge), so sind Beschäftigungssteigerungen zu beobachten.

Noch einmal: Natürlich sind all diese Ergebnisse mit Fehlern behaftet: Fehlern, die in der Spezifikation der verwendeten Modelle liegen können oder auf modellmäßig nicht erfassbare Einflüsse zurückzuführen sind. Dennoch können solche Analysen sicher wichtige Anhaltspunkte für die Auswahl geeigneter umweltpolitischer Maßnahmen geben. Und es wäre wünschenswert, wenn dieses Instrumentarium verstärkt im politischen Entscheidungsfindungsprozess eingesetzt werden würde.

Gegenwärtig führen wir an der Universität Bielefeld im Auftrage des Umweltministeriums ein Forschungsprojekt durch, in dem solche Simulationen mit **mehreren** unterschiedlich konzipierten Modellen gerechnet werden sollen. Sich auf mehrere Modelle stützende Analysen besitzen erkennbar ein höheres Maß an Objektivität als sich nur auf ein Modell beziehende.

Lassen Sie mich am Schluss meines Vortrages wieder an den Anfang zurückkehren: Ich habe hier wirklich nur über „Nebenwirkungen“ von Umweltpolitik gesprochen. Sind diese Nebenwirkungen positiv, so lassen sich umweltpolitische Maßnahmen offensichtlich leichter durchsetzen. Aber natürlich gilt: Der Erfolg der Umweltpolitik kann **primär** nur über die bewirkte Verbesserung der **Umwelt** gemessen werden. **Ökonomische** Auswirkungen können allein nicht als Begründung für die Durchführung oder Unterlassung einer solchen Maßnahme ausreichen.

Folgende Diskussionspapiere können Sie bei Bielefeld 2000plus gegen Erstattung der Druck- und Portokosten anfordern oder als pdf-Datei auf der Webseite von Bielefeld 2000plus unter www.uni-bielefeld.de/bi2000plus/veroeffentlichungen.html beziehen:

Nr. 1:

Prof. Dr. Thorsten Spitta, 1997, Universität Bielefeld:
IV-Controlling im Mittelstand Ostwestfalens - Ergebnisse einer Befragung

Nr. 2:

Prof. Dr. Herwig Birg, 1998, Universität Bielefeld:
Nationale und internationale Rahmenbedingungen der Bevölkerungsentwicklung Bielefelds im 21. Jahrhundert

Nr. 3:

Dr. Bernd Adamaschek, 1998, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh:
Zwischenbehördliche Leistungsvergleiche - Leistung und Innovation durch Wettbewerb

Nr. 4:

Prof. Dr. Hermann Glaser, 1998, Technische Universität Berlin, ehem. Kulturdezernent der Stadt Nürnberg:
Der ästhetische Staat - Arbeit und Arbeitslosigkeit, Tätigkeitsgesellschaft

Nr. 5:

Dipl.-Kfm. Ralf Wagner, Dipl.-Kffr. Claudia Bornemeyer, cand. rer. pol. Stephan Kerkojus, 1999, Universität Bielefeld:
Imageanalyse des Bielefelder Einzelhandels

Nr. 6:

Prof. Dr. Helge Majer, 1999, Universität Stuttgart:
Die Ulmer Lokale Agenda 21 und der Beitrag der Wirtschaft

Nr. 7:

Prof. Dr. Franz Lehner, 1999, Institut für Arbeit und Technik Gelsenkirchen:
Zukunft der Arbeit

Nr. 8:

Prof. Dr. U. Schulz, Dr. H. Kerwin, 1999, Universität Bielefeld:
Fahrradpotential in Bielefeld

Nr. 9:

Dr. Werner Müller, 1999, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:
Politische und administrative Rahmenbedingungen zur Stützung und Förderung der Biotechnologielandschaft in der Bundesrepublik Deutschland

Nr. 10:

Dipl.-Soz. Katrin Golsch, 2000, Universität Bielefeld:
Im Netz der Sozialhilfe - (auf-)gefangen?

Nr. 11:

Prof. Dr. Franz-Xaver Kaufmann, 2000, Universität Bielefeld:
Der deutsche Sozialstaat in international vergleichender Perspektive

Nr. 12:

Prof. Dr. Helmut Skowronek, 2000, Universität Bielefeld:
Universitäten heute

Nr. 13:

Prof. Dr. Werner Hennings, 2000, Oberstufen-Kolleg der Universität Bielefeld:
Nachhaltige Stadtentwicklung in Bielefeld?

Nr. 14:

Prof. Dr. Joachim Frohn, 2000, Universität Bielefeld:
Umweltpolitik und Beschäftigungswirkungen